

Stadt Heidelberg

Drucksache:

0215/2022/BV

Datum:

13.06.2022

Federführung:

Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

Beteiligung:

Betreff:

**Förderung von PLUS e.V. für die Konzeption und
Durchführung von Formaten in Bezug auf queer-
feindliche Vorfälle in Heidelberg**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien
beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 27. Juni 2022

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	23.06.2022	Ö	() ja () nein () ohne	

Drucksache:

0215/2022/BV

00339101.doc

...

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit stimmt der Gewährung eines Zuschusses an PLUS e.V. für die Konzeption und Durchführung von Beratungs-, Selbstbehauptungs- und Gruppenangeboten, Fachkräfte-Fortbildungen, einer Öffentlichkeitskampagne und einer Veranstaltungsreihe in Bezug auf aktuelle queerfeindliche Vorfälle in Heidelberg in Höhe von einmalig 18.320,- € zu.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
• einmalige / laufende Kosten Ergebnishaushalt	18.320,- €
Einnahmen:	
• keine	
Finanzierung:	
• Deckung über Corona-Sozialfonds	18.320,- €
Folgekosten:	

Zusammenfassung der Begründung:

Die Corona-Pandemie hat nach Einschätzung zahlreicher Fachstellen zu einer Polarisierung der Gesellschaft beigetragen; Queer- und Frauenfeindlichkeit bilden hierbei zunehmend ein ideologieübergreifendes Element extremistischer Position. Auch in Heidelberg weisen aktuelle queerfeindliche Vorfälle auf eine Radikalisierung eines heterogenen Täter*innen-Pools hin. Die Vorfälle führten zu einem deutlich erhöhten Beschwerdeaufkommen und machen eine zunehmende Unsicherheit in der Lsbtiq+ (lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter* und queeren) Community deutlich. Das Projekt sieht es vor, die Vorgänge mit der Community, Verwaltung, Polizei und beteiligten universitären Stellen aufzuarbeiten und in entsprechenden Formaten darauf zu reagieren.

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 23.06.2022

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Begründung:

1. Politische Polarisierung seit Ausbruch der Corona-Pandemie

Nach der Einschätzung zahlreicher Fachstellen haben Formen gesellschaftlicher Polarisierung in der Corona-Pandemie zugenommen; Tendenzen von Demokratiefeindlichkeit haben sich verstärkt. Laut dem Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena bot die Pandemie „eine willkommene Gelegenheitsstruktur für die Propaganda und das Mainstreaming antiliberaler und antidemokratischer Narrative sowie für das Knüpfen neuer strategischer Allianzen radikaler und extremer Gruppen in Europa“. „Verschwörungstheorien haben in der Corona-Krise besondere Aufmerksamkeit erhalten“, schreibt beispielhaft eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung 2020.

2. Situation von lsbtq+ Menschen während Corona

Eine Studie der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf LSBTIQ+ zeigt: „Menschen und Gruppen, die schon vorher sozial benachteiligt waren, sind von den Einschränkungen in der Pandemie stärker betroffen und haben weniger Ressourcen, mit den teils gravierenden Auswirkungen von COVID-19 umzugehen. [... LSBTIQ+] sind durch die Pandemie und damit einhergehende politische und rechtliche Maßnahmen sowie gesellschaftliche Veränderungen mit besonderen Herausforderungen und Härten konfrontiert.“ Gerade mit dem Blick auf LSBTIQ+ -Feindlichkeit wird deutlich: „In der Krise verfestigen sich traditionelle Geschlechterverhältnisse und Geschlechternormen wieder. Lebens- und Familienformen jenseits der traditionellen heterosexuellen Kleinfamilie geraten aus dem Blick.“ Aus der Studie geht hervor, dass extremistische Positionen die gesellschaftliche Verunsicherung durch die Pandemie ausnutzten, um gegen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt Stimmung zu machen und Verschwörungsideologien zu verbreiten. Aus kommunaler Perspektive besteht deshalb Handlungsbedarf, Extremismus konsequent auszuschließen und Angriffen auf die Demokratie, die Menschenwürde und die Grundwerte der Gesellschaft entschieden entgegenzutreten.

3. Die aktuelle Lage in Heidelberg

Bereits beim Bürgerfest im März wurden Vertreter*innen des Queer Festivals an ihrem Stand von einem Unbekannten mit NS-Rhetorik angegangen. Im Mai tauchten nun gezielt vor der Eröffnung des Festivals an zentralen Orten der Stadt queer- und frauenfeindliche Graffitis, Schriften und Aufkleber auf. Das Kulturhaus Karlstorbahnhof, aber auch an und vor Universitätsgebäuden – wie beispielsweise der Theologie, der Germanistik, der Kunstgeschichte und der Archäologie – und auch das Heidelberger Rathaus und öffentliche Plätze wie der Bahnhof Weststadt/Südstadt wurden mit diffamierenden Aussagen beschmiert und beklebt. Am 14. Mai wurde die lesbische Demonstration der Veranstaltungsreihe Open Dykes von Personen gestört, so dass die Polizei einschreiten musste. Parallel wurde die Initiative Queergottesdienst Heidelberg mit christlich-fundamentalistischen Inhalten konfrontiert; deren Vertreter*innen fühlten sich durch private Kontaktaufnahmen durch die Gruppe persönlich bedrängt. Die queerfeindlichen Botschaften und Motive wurden in queeren Chatgruppen und auf Social Media verbreitet, was die Verunsicherung der Community noch erhöhte.

Noch sind die genauen Hintergründe der Gesamtheit der Taten unklar, aber schon jetzt ist deutlich, dass es sich um geplante Attacken von unterschiedlichen Täter*innengruppen handeln muss, die auf demokratiefeindlichen rechtsextremen, verschwörerischen und teils christlich-fundamentalistischen Ideologien beruhen.

Im Mai kam es deshalb zu einem deutlich erhöhten Beschwerdeaufkommen in der Koordinationsstelle LSBTIQ+ des Amtes für Chancengleichheit. Innerhalb von 14 Tagen wurden 47 Beschwerden von Individuen sowie Initiativen und Gruppen registriert.

Die Inhalte der Meldungen heben die Verunsicherung, Sicherheitsbedenken und Ängste der Betroffenen und die Unklarheit, wie man mit den Geschehnissen umgehen kann, hervor. Anfragen zu Queerfeindlichkeit kamen aus diversen Richtungen, beispielsweise von der Verfassten Studierendenschaft der Universität Heidelberg, verschiedenen Universitäts-Gruppen und Referaten, Fachschaften, einzelnen Bürger*innen, Beratungsstellen, Bündnissen und Kultureinrichtungen. Besonders internationale Mitarbeitende der Universität, von Kliniken und Forschungseinrichtungen sowie internationale Studierende reagierten beunruhigt.

4. Ziele

Um auf die Geschehnisse angemessen reagieren zu können, veranstaltete das Amt für Chancengleichheit der Stadt Heidelberg in Kooperation mit dem Queeren Netzwerk Heidelberg, dem Queer Festival Heidelberg, Open Dykes und dem Kulturhaus Karlstorbahnhof ein erstes Austauschforum zur Evaluation der Lage in Heidelberg. Neben einer Vielzahl interessierter queerer Einwohner*innen waren am Austausch unter anderem Sozialbürgermeisterin Stefanie Jansen, PLUS e.V., das Antidiskriminierungsbüro von Mosaik Deutschland e.V., Vertreter*innen des Polizeipräsidium Mannheims, von Isbtiq+ Initiativen und des Heidelberger StuRa beteiligt. Aus der Veranstaltung und durch die Expertise der Beratungs- und Präventionsstelle PLUS e.V. wurden folgende Ziele formuliert:

- Vernetzung und Austausch verstärkt ermöglichen, Vereinzelung vermeiden: Stärkung von Beratung und Gruppenangeboten
- Unterstützung multiplizieren: Konzeption von Fortbildungen für Fachkräfte
- Sichtbar bleiben: Öffentlichkeitskampagne und Kooperation zu einer Veranstaltungsreihe

Während die Beratung und ein geschützter Raum zum Sprechen über Sorgen, Ängste und Probleme helfen, bieten Gruppen das Moment des Empowerments für LSBTIQ+. Ein offenes, regelmäßiges Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungstraining für queere Menschen soll aufgebaut werden. Hierbei soll ebenfalls auf besonders vulnerable Gruppen innerhalb der Isbtiq+ Community geachtet werden. Bei Multiplikator*innen-Fortbildungen sollen neben Fachkräften in Schule und Jugendarbeit langfristig auch Fachkräfte in Polizei und Verwaltung stärker erreicht werden. Insbesondere Fachkräfte in psychosozialen Bereichen sollen sensibilisiert werden. So kann Unterstützung für Isbtiq+ Menschen in vielen Einrichtungen gesichert werden. Um gezielt in die breite Gesellschaft hineinzuwirken, plant PLUS e.V. eine Öffentlichkeitskampagne und plant in Kooperation mit Institutionen wie dem Antidiskriminierungsbüro von Mosaik Deutschland, der kommunalen Kriminalprävention, dem Queeren Netzwerk und entsprechenden Stellen der Universität eine Veranstaltungsreihe, die über Frauen- und Queerfeindlichkeit als ideologieübergreifendes Element extremistischer Gruppierungen in Deutschland informieren soll. Diese aktuellen Geschehnisse und die damit stetig wachsenden Bedarfe verdeutlichen die Notwendigkeit des Ziels des Amtes für Chancengleichheit, PLUS e.V. in Heidelberg zu einer gefestigten Fachstelle für Isbtiq+ Beratung, Bildung und Prävention auch mit einem Fokus auf Hassgewalt auszubauen.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SOZ 2		<p>Diskriminierung und Gewalt vorbeugen</p> <p>Begründung: Die geplanten Formate dienen gezielt dazu der Diskriminierung von und Gewalt gegen LSBTIQ+ vorzubeugen.</p>
QU 5		<p>Vielfalt der Lebensformen ermöglichen, Wahlfreiheit der Lebensgestaltung unterstützen.</p> <p>Begründung: LSBTIQ+ werden in ihrer Identität und in ihrem Sicherheitsempfinden gestärkt.</p>
QU 3		<p>Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern</p> <p>Begründung: Durch Veranstaltungen, Öffentlichkeitskampagne, Gruppen- und Selbstbehauptungsangebote werden Bürger*innen dazu befähigt selbstwirksamer zu werden.</p>

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet
Stefanie Jansen